

Fraktion
DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



**BÜRGER
PARTEI GL**

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachtbrieffkasten

am: 12. Juni 2017

DIE LINKE.

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Frank Samirae
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Tel.: 02202 142458 Fax: 02202 142448
E-Mail samirae@buergerpartei.gl

13. Juni 2017
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro

12.06.2017
Unser Zeichen: PX-2017-0047

Antrag
zur Sitzung des Stadtrates am 11.07.2017

Bewerbung der Stadt Bergisch Gladbach als digitale Modellstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Bergisch Gladbach bewirbt sich als digitale Modellstadt beim Land NRW.

Begründung:

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen zeichnet sich eine Digitalisierungsoffensive der neuen Landesregierung ab. Kommunen, Ministerien und Mittelbehörden sollen damit schneller digitalisiert werden.

Im Zuge dessen sollen eine kleinere und eine größere Stadt zu Modellkommunen entwickelt werden. Dies ist eine neue Chance sich nochmals als „Digitale Musterstadt“ zu bewerben. Bereits im Januar 2017 hatte sich Bergisch Gladbach einmal als „Digitale Musterstadt“ mit umfangreichen Unterlagen beworben. Träger waren im Januar die Gemeinschaftsinitiative des deutschen Digitalverbandes Bitkom in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Für das neue Modellprojekt des Landes NRW verfügt Bergisch Gladbach somit bereits über eine hervorragende Ausgangslage um sich nochmals als Vorzeigekommune zu bewerben.

Neue Technologien können bereits heute Verwaltungsabläufe erheblich effizienter machen. Dadurch werden nicht nur Kosten gesenkt, sondern es besteht auch die Möglichkeit, die Bürgerschaft besser zu informieren und in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse stärker einzubinden.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat bereits verschiedene Digitalisierungsmaßnahmen umgesetzt. So gibt es mittlerweile u. a. einen städtischen Facebook-Account, mit dem Informationen in ein soziales Netzwerk eingespeist werden, einen elektronischen Mängelmelder als App (von einem Drittanbieter). Dies sind jedoch lediglich Einzelmaßnahmen, die Digitalisierung wird nicht als strategische Aufgabe begriffen.

In den Koalitionsverhandlungen der CDU und FDP wurde laut Kölner Stadt-Anzeiger eine Digitalisierungsoffensive für Nordrhein-Westfalen angekündigt. Demzufolge soll bis 2025 das Land flächeneckend mit schnellen Datenübertragungsnetzen ausgestattet sein. Insbesondere Schulen, Bildungseinrichtungen und Gewerbegebiete sollen an das künftige Hochleistungsnetz angeschlossen werden. Die vollständige Digitalisierung der Landesverwaltungen gehört ebenfalls zu den Kernzielen der Digitalisierungsoffensive die mit ca. 7 Milliarden Euro durch Bund, Land und EU bis 2025 realisiert werden soll.



Thomas Klein
Fraktionsvorsitzender

Frank Samirae
stellv. Fraktionsvorsitzender

Lucia Misini
stellv. Fraktionsvorsitzende

Kölner Stadt-Anzeiger

Kölner Stadt-Anzeiger | NRW

Koalitionsgespräche: Schwarz-Gelb verspricht Digitalisierungs-Offensive für NRW

Von Gerhard Voogt | 06.06.17, 20:28 Uhr



Armin Laschet (r) und der ehemalige NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart von den Liberalen.

Foto: dpa

Düsseldorf - Der hochgewachsene Mann mit der grauen Kurzhaarfrisur spricht über NRW, als sei er nie weg gewesen. Andreas Pinkwart war von 2005 bis 2010 Wissenschaftsminister und Vize-Ministerpräsident von NRW. Jetzt ist er zurück und handelt für die FDP zentrale Themen des Koalitionsvertrags mit der CDU aus. Am Dienstag trat er erstmals in seiner Rolle als liberaler Chef-Unterhändler mit dem designierten Ministerpräsidenten Armin Laschet vor die Presse. Vieles spricht dafür, dass dieses Duo die zentrale Machtachse in der künftigen Landesregierung bilden wird. Pinkwart wick Fragen nach seinen persönlichen Ambitionen zwar lächelnd aus, aber Laschet spendete dem Professor großes Lob. Dessen enormes Fachwissen tue den Verhandlungen gut, sagte der CDU-Vorsitzende.

Hochschulpolitik und Wirtschaftsförderung gehören zu den Steckenpferden Pinkwarts, der 2011 als Hochschulrektor nach Leipzig wechselte. An der HHL Leipzig Graduate School of Management ist der ehemalige FDP-Landeschef Lehrstuhlinhaber für Innovationsmanagement und Entrepreneurship. Bei der Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen kündigte Pinkwart eine Digitalisierungs-Offensive für NRW an.

Schneller und flächendeckend

Bis 2025 soll das Land flächendeckend mit schnellen Datenübertragungsnetzen ausgestattet sein. Der „Gigabit-Masterplan 2025“ sieht vor, dass alle Schulen, Bildungseinrichtungen und Gewerbegebiete an das Hochleistungsnetz angeschlossen werden können. Bis 2025 soll auch die Landesverwaltung vollständig digitalisiert sein. Ein Ministerium und eine Mittelbehörde sollen als Vorbilder deutlich schneller digitalisiert werden. Zudem sollen eine kleinere und eine größere Stadt zu Modellkommunen entwickelt werden. Insgesamt sollen etwa sieben Milliarden Euro an Bundes-, Landes- und EU-Mitteln bis 2025 in den Ausbau der Netz investiert werden.

Eine mögliche Wiedereinführung von Studiengebühren in NRW ist aus FDP-Sicht kein Knackpunkt für die laufenden Koalitionsverhandlungen. „Für uns ist entscheidend, dass die Studienbedingungen sich verbessern“, sagte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner, der nach der Bundestagswahl nach Berlin wechseln will. „Studienbeiträge sind nur ein Mittel.“ Die FDP sei gesprächsbereit, wenn die CDU andere Vorschläge habe, wie das Ziel erreicht werden könne. Pinkwart und CDU-Chef Armin Laschet saßen von 2005 bis 2010 in der Rüttgers-Regierung gemeinsam am Kabinetttisch. Sollte Pinkwart nach Düsseldorf zurückkehren, könnte er erneut die Funktion des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernehmen.

Erste Verabredungen in der Flüchtlingspolitik

CDU und FDP kündigten an, in der Europapolitik an die Projekte der Rüttgers-Regierung anknüpfen zu wollen. So will man Belgien beim Verzicht auf die Pannen-Atomreaktoren Tihange und Doel helfen, indem eine grenzüberschreitende Energieversorgung ermöglicht wird. Ziel sei die Verwirklichung eines Energiebinnenmarkts, der für den Industriestandort NRW von besonderer Bedeutung sei, hieß es. Der UN-Standort Bonn soll zu einem Zentrum für Umwelt und nachhaltige Entwicklung ausgebaut werden.

Auch zur Flüchtlingspolitik gab es erste Verabredungen. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Wohlfahrtsverbänden sollen Projekte zur freiwilligen Rückkehr entwickelt werden. Der neue CDU-Ableger „Freiheitlich-Konservativer Aufbruch“, der die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ablehnt, sei zur Lösung der Probleme überflüssig, sagte Laschet.



Stadt Bergisch Gladbach

18.01.2017

Wettbewerb „Digitale Stadt“: Ideen und Unterstützerschreiben herzlich willkommen

Die Meldung, dass Bergisch Gladbach sich als digitale Musterstadt bewerben möchte, hat bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei Unternehmen in unserer Stadt eine große Resonanz hervorgerufen. Viele Anruferinnen und Anrufer meldeten sich spontan bei der Stadtverwaltung mit Vorschlägen, Hinweisen, Kritik oder Angeboten.

Gute Ideen aus der Bürgerschaft oder von Betrieben für eine digitale Musterstadt sind herzlich willkommen. Es geht allerdings erst einmal darum, sich erfolgreich zu bewerben. Um das gesamtstädtische Interesse an der Teilnahme möglichst umfassend zu dokumentieren, benötigt die Stadtverwaltung zunächst Unterstützerschreiben. Private Unternehmen, Energieversorger, Verkehrsbetriebe, Ärzteschaft, Krankenversicherungen, Vereine, Kultur- und Bildungseinrichtungen können so zeigen: Wir sind mit an Bord.

Hierzu wird die Stadt jedoch nicht alle Akteure individuell anschreiben können, sondern wird über die Interessenvertretungen oder digitale Newsletter um Mithilfe bitten. Bis zum 15. März 2017, dem Ende der Bewerbungsfrist, soll so eine eindrucksvolle Dokumentation zustande kommen, die zunächst unverbindlich ist und keine Verpflichtung der einzelnen Absender bedeutet.

Um den Zeitplan einhalten zu können, sollten die Unterstützerschreiben so bald wie möglich digital bei der Stadt eingehen. Optimal wäre, wenn bis zum 20. Februar 2017 alle Unterstützerschreiben bei der Stadtverwaltung vorliegen würden.

Erst später wäre im Falle des Wettbewerbserfolges konkret abzuklären, welche städtischen Akteure in welcher Weise zum Erreichen des Zieles der digitalen Musterstadt beitragen können.

Das Projekt Digitale Stadt ist eine Gemeinschaftsinitiative des deutschen Digitalverbandes Bitkom in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Projektpartner sind 19 z.T. internationale Unternehmen aus den Bereichen Technologie, Logistik oder Telekommunikation. In der Gewinner-Stadt sollen ab Anfang 2018 wichtige Infrastrukturen in den Bereichen Mobilität, Energie, Gesundheit und Bildung mit neuesten digitalen Technologien ausgestattet werden.

Für Michael Möller ist es in diesem Zusammenhang wichtig klarzustellen, dass der in Aussicht gestellte zweistellige Millionenbetrag zur Umsetzung des Projektes nicht als Förderbetrag an die Gewinnerstadt ausgezahlt wird, um damit in Eigenregie Aufträge zu vergeben, sondern in Form von Dienstleistungen und Sachmitteln fließen wird, die von den Projektpartnern und Sponsoren beigesteuert werden.

Für Anfragen, Ideen, Unterstützerschreiben und Diskussionsbeiträge hat die Stadt Bergisch Gladbach ein eigenes E-Mail-Postfach eingerichtet: digitalestadt@stadt-gl.de. Telefonisch können Hinweise unter der 02202 – 14 – 15 16 erfolgen.

Weitere Informationen zum Projekt Digitale Stadt finden Sie im Internet unter www.digitalestadt.org. Hier kann auch das Formular zu den Unterstützerschreiben heruntergeladen werden. Oder einfach die Internet-Seiten der Stadt Bergisch Gladbach www.bergischgladbach.de aufrufen: Hier sind ebenfalls die Informationen und Links zum Projekt Digitale Stadt abgelegt.

[zurück](#) >

© 2017 Stadt Bergisch Gladbach